

## Aus der Fraktion

### **Brems/Heinisch: NRW geht mit dem Klimaschutzpaket weiter voran**

Zur Unterrichtung des Landtags über das erste schwarz-grüne Klimaschutzpaket mit 68 ressortübergreifenden Maßnahmen erklären die Vorsitzende der Grünen Landtagsfraktion **Wibke Brems** und der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion **Jan Heinisch**:

**Wibke Brems:** „Wind- und Solarenergie sind zentral für eine klimafreundliche, zukunftsfähige und wettbewerbsfähige Stromversorgung. Das neue Klimaschutzpaket ist ein großer Erfolg, mit dem wir unserem Ziel von 1.000 neuen Windrädern bis 2027 bedeutend näherkommen. Wir setzen in NRW die Vorgaben des Bundes aus dem Wind-an-Land-Gesetz sieben Jahre früher um als vorgesehen. Wir sichern durch den neuen Landesentwicklungsplan den Platz für bis zu 3.000 Windenergieanlagen. So schaffen wir Planungssicherheit für Kommunen und Investoren und unterstützen eine erfolgreiche Transformation der Wirtschaft. Dazu kommt die Solarpflicht als weiterer wichtiger Schritt. Bei all dem haben wir die Akzeptanz im Blick. Wir geben den Menschen auf viele Weisen die Möglichkeit zur Beteiligung. Wir werden beim Klimaschutz weiter ambitioniert bleiben, denn die Zeit drängt.“

**Jan Heinisch:** „Wir legen erneut ein ganzes Paket mit Maßnahmen vor: Einen neuen Landesentwicklungsplan, eine Änderung des Ausführungsgesetzes zum Baugesetzbuch und eine Veränderung der Landesbauordnung. Im Laufe des Jahres kommt ebenso das Bürgerenergiegesetz, das ein finanzielles Mitverdienen der lokalen Gemeinschaft festschreibt. Das Paket ist ein in sich bestens abgestimmtes Gesamtwerk. Uns einen dabei zwei Grundsätze: Ambition und Akzeptanz. Wir sind ambitioniert, weil wir uns für Nordrhein-Westfalen 1000 neue Windräder vorgenommen haben. Wir wissen aber auch, dass das ohne Akzeptanz bei den Betroffenen nicht funktionieren wird. Wir werden den Windenergieausbau deshalb gezielt dorthin lenken, wo er Sinn ergibt und funktioniert. Unzufriedenheiten, Widerstände und Klageverfahren verzögern den Ausbau der Erneuerbaren Energien in einer Art und Weise, die wir uns nicht erlauben können. In NRW wird man schon im Jahr 2025 rechtssichere Ausbaupotentiale haben, während andere Bundesländer noch sieben weitere Jahre diskutieren werden.“

### **Rock/Lehne: Wir intensivieren den Kampf gegen Geldwäsche**

NRW ist Vorreiter im Kampf gegen Steuerkriminalität. Doch immer neue Herausforderungen verlangen eine ständige Anpassung der Strukturen und Strategien, die

Geldwäsche gezielt erschweren und verhindern. Die Fraktionen von CDU und Grünen haben im Landtag konkreten Maßnahmen zur Weiterentwicklung beschlossen. Dazu erklären die Sprecher für Haushalts- und Finanzpolitik **Simon Rock** (Grüne) und **Olaf Lehne** (CDU):

**Simon Rock:** „Kriminelle Organisationen nutzen Geldwäsche systematisch, um illegal erlangtes Geld in legales zu verwandeln und weitere Straftaten zu finanzieren. Häufig gehen Geldwäsche und Steuerkriminalität dabei Hand in Hand. Wir wollen solchen Geschäften den Boden entziehen und unsere Aktivitäten zur Geldwäscheprävention sowie Geldwäschebekämpfung intensivieren. Die zuständigen Behörden sollen noch besser zusammenarbeiten und die Aufsicht in bargeldintensiven Branchen verstärkt werden. Darüber hinaus werden wir einen stärkeren Fokus auf die Verfolgung von Untergrundbanksystemen wie dem sogenannten Hawala-Banking legen. Zukünftig sollen außerdem Unternehmen mit intransparenter Eigentümerstruktur von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen werden.“

**Olaf Lehne:** „Bereits seit der Gründung der Task Force in 2018 geht es der Organisierten Kriminalität in NRW verstärkt an den Kragen. Geschäfte im Darknet mit Kryptowährungen, Hawala-Banking und andere Phänomene erfordern, dass sich unsere Behörden stetig weiterentwickeln und optimal zusammenarbeiten. Das haben wir uns in der Koalition zum Ziel gesetzt. Oft ergibt sich das gesamte Bild aber erst, wenn wir die Puzzleteile aus NRW und Berlin zusammensetzen. Unser Appell geht daher auch an den Bund, seine Financial Intelligence Unit (FIU) so aufzustellen, dass wir endlich alle Potenziale für die Geldwäschebekämpfung bundesweit heben können.“

*Marco Schmitz (CDU) und Benjamin Rauer (Grüne) zu ausländischen Berufsabschlüssen*

### **Ausbildungen müssen schneller anerkannt werden**

Ohne Fach- und Arbeitskräfte aus dem Ausland werden wir in Nordrhein-Westfalen das Niveau unseres Wohlstandes und die Breite unseres Dienstleistungsangebots nicht halten können. Die Potenziale von Geflüchteten und Menschen mit Einwanderungsgeschichte werden noch nicht voll ausgeschöpft. Die Zentralstelle Fachkräfteeinwanderung in Bonn soll deshalb weiterentwickelt werden, Berufsanerkennungsverfahren sollen vereinfacht und digitalisiert, zentrale Homepages der Landesregierung und der Bezirksregierungen mehrsprachig gestaltet werden. Das ist Teil des gemeinsamen Antrags von CDU und Grünen „Anerkennung ausländischer Berufs- und Bildungsabschlüsse beschleunigen – Potenziale nutzen, Engstellen beseitigen, Karrieren ermöglichen“, den die Fraktionen eingebracht haben.

Dazu erklären **Marco Schmitz**, Sprecher für Arbeit, Gesundheit und Soziales der CDU-Landtagsfraktion, und **Benjamin Rauer**, Sprecher für Arbeit, Flucht und Religionspolitik der GRÜNEN Landtagsfraktion:

**Marco Schmitz:** „Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird auf dem Arbeitsmarkt für alle immer deutlicher spürbar. Eine der Lösungen muss daher die Integration ausländischer Arbeitskräfte in den deutschen Arbeitsmarkt sein. Dabei müssen wir auf den in den Heimatländern der Arbeitskräfte erlernten Qualifikationen aufbauen. Ohne die berufsspezifischen deutschen Standards infrage zu stellen, müssen die erworbenen Ausbildungen bei uns unbürokratischer und schneller anerkannt werden; das gilt auch für die geregelten Berufe. Wer langfristig in Deutschland leben möchte, soll seine beruflichen Fähigkeiten und Qualifikationen voll nutzen können. Wir fordern eine klar strukturierte Berufsorientierung zeitnah nach der Ankunft in Deutschland. Diese soll sich an den vorhandenen Kompetenzen orientieren. Dies schließt unter Umständen notwendige Anpassungsqualifizierungen mit ein. Eine gelebte Willkommenskultur in unserer Gesellschaft kann hierbei helfen, dass die Arbeits- und Fachkräfte sich für einen dauerhaften Verbleib in Deutschland aussprechen.“

**Benjamin Rauer:** „Die vergleichsweise niedrige Quote von beruflichen Anerkennungsverfahren belegt, dass viele Zugewanderte ihre Qualifikationen auf dem Arbeits- und Ausbildungsmarkt nicht nutzen können. Wir wollen, dass NRW das Potenzial der vielfältigen Berufserfahrungen und Bildungskompetenzen ausschöpft. Begleitend zur neuen Fachkräfteoffensive der Landesregierung wollen wir die Anerkennungsverfahren serviceorientierter und schneller gestalten und frühzeitig die Qualifikationen geflüchteter Menschen identifizieren. Gleichzeitig müssen wir gemeinsam weiter daran arbeiten, dass die relevanten Akteure wie Berufskammern, die Bundesagentur für Arbeit und Jobcenter stärker miteinander kooperieren und intensiver zu Fortbildungen sowie Anerkennungsverfahren beraten.“

*Heike Wermer (CDU) und Frank Jablonski (Grüne)*

### **Förderprogramm zu „Dritten Orten“ soll Neuauflage bekommen**

Dritte Orte – das sind Plätze, an denen sich Menschen begegnen und an denen sie Kunst und Kultur erleben können. Um solche Orte und die Menschen dahinter zu unterstützen, hat das Ministerium für Kultur und Wissenschaft das Förderprogramm „Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum“ aufgelegt. 26 Projekte in Nordrhein-Westfalen wurden von einer Fachjury ausgewählt, für die das Land während des Förderzeitraums von 2021 bis 2023 insgesamt 13,5 Millionen Euro zur Verfügung gestellt hat. Die bestehenden Förderungen für Dritte Orte sollen auch künftig unterstützt werden können, noch in diesem Jahr soll ein neuer Förderaufruf gestartet werden, um weitere Dritte Orte zu entwickeln und zu unterstützen. Den entsprechenden Antrag haben CDU und Grüne eingebracht. Dazu erklären die kulturpolitischen Sprecher **Heike Wermer** (CDU) und **Frank Jablonski** (GRÜNE):

**Heike Wermer:** „Das Programm ‚Dritte Orte – Häuser für Kultur und Begegnung im ländlichen Raum‘ ist ein echtes Erfolgsprojekt unseres Landes. Ich freue mich, dass mit dem Förderprogramm drei Bereiche ins Scheinwerferlicht gestellt worden sind, die in der Vergangenheit manchmal mehr im Schatten standen: der ländliche Raum, Kultur und das Ehrenamt. Bei einem Werkstattgespräch tauschten sich in der vergangenen Woche Kulturministerin Ina Brandes und die CDU-Fraktion mit rund 80 Gästen aus – und konnten sich davon überzeugen, dass das Programm sehr gut ankommt. In vielen Gesprächen mit Akteuren durfte ich viel Dank und Lob für die Förderprogrammatische hören: wenig Bürokratie, viel Freiraum für die je nach Ort individuelle Entwicklung und Passgenauigkeit. In den großen Städten gibt es bereits ein etabliertes Kunst- und Kulturangebot. Im ländlichen Raum auch – doch oftmals nicht so geläufig und ehrenamtlich getragen. Das wollen wir stärken.“

**Frank Jablonski:** „Mit dem Programm ‚Dritte Orte‘ unterstützen wir Kunst und Kultur vor allem im ländlichen Raum in Nordrhein-Westfalen. So fördern wir die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in allen Regionen NRWs und unterstützen das Engagement der Menschen vor Ort. Kultur ist nicht nur zentral für den sozialen Zusammenhalt, sondern nimmt häufig auch eine gesellschaftliche Vorreiterrolle ein. Deshalb soll die Landesregierung mit dem Programm ‚Dritte Orte‘ insbesondere auch innovative und experimentelle Projekte fördern.“

## **Kaiser/Nolten: Wir setzen die globalen Ziele für nachhaltige Entwicklung konsequent um**

Die Weltgemeinschaft hat im Jahr 2015 die Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung und die „Sustainable Development Goals“ (SDGs) verabschiedet: 17 globale Nachhaltigkeitsziele, die der Bewahrung und nachhaltigen Entwicklung unserer Lebensgrundlagen und damit dem Schutz und den Chancen jetziger und vor allem kommender Generationen dienen. Als schwarz-grüne Koalition wollen wir die Umsetzung dieser Ziele weiter vorantreiben. Dafür haben die Fraktionen von CDU und Grünen am heutigen Freitag den Antrag „Zur Halbzeit der Agenda 2030: die globalen Nachhaltigkeitsziele in Nordrhein-Westfalen konsequent umsetzen“ in den Landtag eingebracht. Dazu erklären **Gregor Kaiser**, Sprecher für Nachhaltigkeit der Grünen Landtagsfraktion, und **Ralf Nolten**, Sprecher für Umwelt und Naturschutz der CDU-Landtagsfraktion:

**Gregor Kaiser:** „Eine intakte Umwelt und Natur sowie eine umfassende soziale Gerechtigkeit für alle Menschen – das sind unter anderem die Ziele der Agenda 2030. Deutschland und NRW haben sich zu den globalen Nachhaltigkeitszielen bekannt. Zu ihrer Umsetzung bleiben nur noch sieben Jahre und auf allen Ebenen ist noch viel zu tun. Der Landesverwaltung mit ihren über 500 Einrichtungen mit rund 160.000 Beschäftigten stehen verschiedene Hebel zur Verfügung, die u. a. im Sinne der nachhaltigen Beschaffung, Mobilität der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, der Gebäude

und Liegenschaften und ressourcenschonenden und klimaneutralen Veranstaltungen noch konsequenter genutzt werden können. Mit mehr Beratungsangeboten wollen wir auch die Kommunen auf diesem Weg unterstützen. Zudem wollen wir die NRW-Nachhaltigkeitsstrategie ambitioniert fortschreiben und bessere Umsetzungsstrukturen schaffen, um die Verbindlichkeit der Nachhaltigkeitsziele im konkreten Regierungshandeln ressortübergreifend zu erhöhen. Eine Reduzierung des Ressourcenverbrauchs, die Einhaltung der Klimaziele und die Stärkung nachhaltiger Wirtschaftsmodelle sind für die Zukunft elementar.“

**Ralf Nolten:** „Die Zukunftscoalition aus CDU und Grüne hat sich den 17 globalen Nachhaltigkeitszielen der Weltgemeinschaft verschrieben und sieht Nordrhein-Westfalen in zentraler Verantwortung, diese voranzutreiben. Als bevölkerungsreichstes und am stärksten industriell geprägtes Bundesland demonstriert Nordrhein-Westfalen eindrucksvoll, wie der wirtschaftliche Wandel und die Transformation unter Beachtung einer nachhaltigen Entwicklung gelingt. Mit der Nachhaltigkeitsstrategie NRW schafft das Land unter Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen ein Instrument, um umfassend und fokussiert die Ziele der Regierung umzusetzen. Mit den Aktivitäten der „Nachhaltigen Landesverwaltung 2030“ führt das Land zudem konkrete Schritte ein, um auch die Anforderungen des Pariser Klimaschutzabkommen zu erfüllen. Die Landesverwaltung mit ihren über 500 Einrichtungen und rund 160.000 Beschäftigten schafft im Rahmen des Modellprojekts „Nachhaltige Verwaltung der Zukunft“ ein Gesamtkonzept für die Verankerung von Nachhaltigkeitsaspekten.“

## Aus der Landesregierung

### **Mehr als 2,2 Milliarden Euro für den Klimaschutz: Landesregierung legt erstes gemeinsames Klimaschutzpaket vor**

„Wir packen’s an – gutes Klima für Nordrhein-Westfalen“: Unter diesem Motto hat die Landesregierung ihr erstes gemeinsames Klimaschutzpaket beschlossen. Mit insgesamt 68 ressortübergreifend beigesteuerten Maßnahmen sowie Eckpunkten für eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW wird die Landesregierung den Klimaschutz voranbringen. Mehr als eine Milliarde Euro stehen für die Jahre 2023 und 2024 für Klimaschutzmaßnahmen im Landeshaushalt bereit, vor allem für klimafreundliche Mobilität, die Wärmewende und den beschleunigten Ausbau von Windkraft und Photovoltaik. Gut eine weitere Milliarde Euro stehen für klimaschutzrelevante Projekte im Rahmen von Programmen der Europäischen Union bis 2027 zur Verfügung.

**Ministerpräsident Hendrik Wüst:** „Der Schutz unseres Klimas ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Wir wollen Nordrhein-Westfalen zur ersten klimaneutralen Industrieregion Europas entwickeln. So stärken wir die Wettbewerbsfähigkeit unseres Wirtschaftsstandorts und sorgen für sichere und zukunftsfähige Arbeitsplätze und erhalten so Wohlstand und soziale Sicherheit. Mit diesem Klimaschutzpaket zeigen wir: Klimaschutz ist Aufgabe der gesamten Landesregierung. Gemeinsam sorgen wir für ein gutes Klima für Nordrhein-Westfalen – für und mit den Menschen und der Wirtschaft in unserem Land.“

**Klimaschutzministerin Mona Neubaur:** „Die Klimakrise kommt nicht, sie ist längst da. Vor den dramatischen Umbrüchen, die die globale Erderwärmung mit sich bringt, können und dürfen wir nicht länger die Augen verschließen. Als politisch Verantwortliche stehen wir in der Pflicht, jetzt zu handeln – schnell und mit konkreten Maßnahmen. Die gute Nachricht: Wir können dabei auf unsere Expertinnen und Experten in Wirtschaft, Mittelstand, Industrie und Handwerk zählen. Sie entwickeln schon heute die innovativen Produkte, die klimaneutrales Wirtschaften zum erfolgreichen Geschäftsmodell machen. Sie zu unterstützen, ihnen – im Schulterschluss mit den Kommunen – einen Rahmen zu geben, in dem sie erfolgreich arbeiten können, ist einer unserer Beiträge zu globaler Klimagerechtigkeit. Neben vielen Maßnahmen aus unterschiedlichen Ressorts erhöhen wir auch die Wirksamkeit des Klimaschutzgesetzes NRW, indem wir als Teil des Pakets Eckpunkte für eine Novelle vorlegen.“

Das erste gemeinsame Klimaschutzpaket der Landesregierung stellt eine Fülle von Vorhaben und Angeboten sowohl für Unternehmen und Kommunen, als auch für Bürgerinnen und Bürger vor. Es enthält insgesamt 68 Maßnahmen in sieben zentralen Handlungsfeldern sowie erste Eckpunkte für eine Novelle des Klimaschutzgesetzes NRW:

### **Erneuerbare Energien ausbauen**

Die Transformation hin zur Klimaneutralität braucht grünen Strom. Die Landesregierung ermöglicht deshalb den schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien. Ziel ist es, dass mehr Menschen daran teilhaben und von einer nachhaltigen, sicheren und bezahlbaren Stromversorgung profitieren können. Dazu startet die Landesregierung eine Ausbauoffensive Windkraft und stellt unter anderem mehr landeseigene Flächen zur Verfügung. Auch der Ausbau der Solarenergie wird verstärkt gefördert, unter anderem wird es mit dem Bürgerenergiefonds ein neues Förderinstrument geben.

### **Kommunen bei Klimaschutz und Wärmewende unterstützen**

Ein großer Teil klimaschädlicher Emissionen entsteht bei der Bereitstellung von Wärme. Deshalb soll die Wärmewende beschleunigt werden. So unterstützt die Landesregierung die Kommunen zum Beispiel ganz konkret mit dem Kompetenzzentrum Wärmewende dabei, das notwendige Wissen und Know-how für die Planung und Umsetzung aufzubauen und die Wärmewende vor Ort voranzutreiben. Auch durch die Förderung der mittleren und tieferen Geothermie setzt die Landesregierung darauf, möglichst alle Potenziale für das Gelingen der Wärmewende auszuschöpfen.

**Energieeffizienz von Gebäuden und Quartieren steigern**

Gebäude und Quartiere selbst bieten großes Potenzial zur Einsparung von Energie. Neben der Förderung von Energieeffizienz in öffentlichen Gebäuden oder auch von ganzen klimagerechten Quartieren setzt das Land daher vor allem in ihrer öffentlichen Wohnungsbauförderung verstärkt darauf, die Energieeffizienz in Bestandsgebäuden zu erhöhen und den CO<sub>2</sub>-Ausstoß beim Neubau zu reduzieren.

**Verbraucherinnen und Verbraucher stärken**

Die Landesregierung unterstützt Verbraucherinnen und Verbraucher dabei, die Folgen der Energiekrise zu bewältigen und den Weg zur Klimaneutralität mitzugehen. Konkret wird die Landesregierung über die Verbraucherzentrale Bürgerinnen und Bürgern dabei helfen, ihre Energiekosten zu senken, zum Beispiel mittels Beratungen in Online-Seminaren und über weitere niedrigschwellige Kommunikationsformate in Präsenz vor Ort.

**Umbau der Wirtschaft beschleunigen**

Viele Unternehmen müssen ihre Geschäftsmodelle klimaneutral und kreislauforientiert ausrichten, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu erhalten. Deshalb unterstützt die Landesregierung Mittelstand, Handwerk und Industrie beim Wandel – mit einem Viertel der im Klimaschutzpaket enthaltenen Mittel. Mit gezielten Vorhaben werden etwa Zukunftstechnologien der klimafreundlichen Zementherstellung, zur Abscheidung und Nutzung von unvermeidbarem CO<sub>2</sub>, sowie Ansätze im Bereich „Zero Waste“ vorgebracht. Mit der Einführung eines strategischen Landeseinkaufs schafft die Landesregierung eine konkrete Marktnachfrage nach klimafreundlichen Produkten und Dienstleistungen.

**Nachhaltige Verkehrsmittel und alternative Antriebe voranbringen**

Die Landesregierung setzt auf attraktive Alternativen für die tägliche Mobilität. Dies umfasst die einfache Nutzung des Öffentlichen Nahverkehrs und den Ausbau der Fahrradinfrastruktur ebenso wie die Förderung zur verstärkten Nutzung alternativer Fahrzeugantriebe. Unabhängig davon, wie jemand sich fortbewegt: Die Landesregierung arbeitet daran, die Angebote einfach und leicht zugänglich zu gestalten, damit sie eine echte klimafreundliche Alternative bieten. Das Deutschlandticket ist dabei ein zentraler Baustein.

**Wälder und Ökosysteme erhalten**

Wälder, Grünland, Moore und Gewässer sind natürliche Klimaschützer, denn sie können der Luft Kohlenstoff entziehen. Das Ziel der Landesregierung ist deshalb, sie langfristig zu erhalten und zu stärken. Ganz konkret unterstützt das Land zum Beispiel Waldbesitzerinnen und Waldbesitzer dabei, klimastabile und resiliente Wälder aufzubauen, Flächen wieder zu bewalden oder auch Natur- und Grünräume sowie Gewässer an die veränderten Klimaveränderungen anzupassen.

**Ein neuer Rahmen für Klimaschutz in NRW**

Die Landesregierung stellt mit dem Klimaschutzpaket ressortabgestimmte Eckpunkte für die Weiterentwicklung des NRW-Klimaschutzgesetzes vor. Ziel ist es, den rechtlichen Rahmen für ambitionierten Klimaschutz in Nordrhein-Westfalen weiterzuentwickeln. Unter anderem soll das Klimaschutzziel für 2030 angehoben, neue Instrumente wie ein Klimaschutz-Monitoring eingeführt und die kommunale Wärmeplanung unter Berücksichtigung der angekündigten Bundesgesetzgebung verbindlich festgeschrieben werden. Das federführende Ministerium für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie wird auf Basis dieser Eckpunkte einen Referentenentwurf vorlegen.

Das Erste Klimaschutzpaket bündelt Maßnahmen der 2022 gestarteten neuen Landesregierung. Einige von ihnen sind bereits angelaufen, weitere gehen in Kürze in Umsetzung. Daneben werden viele Maßnahmen mit Klimaschutzrelevanz, die nicht im Klimaschutzpaket aufgeführt sind, weitergeführt. So stellt die Landesregierung etwa einen hohen dreistelligen Millionenbetrag für den weiteren Hochlauf der Wasserstoffwirtschaft zur Verfügung. Mit dem Zukunftsnetz Mobilität NRW und dem 2023 alleine 90 Millionen Euro umfassenden Förderprogramm Elektromobilität stehen etablierte Instrumente zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität zur Verfügung. Auch die Förderung der kommunalen ÖKOPROFIT®-Projekte wird fortgesetzt, um den betrieblichen Umwelt- und Klimaschutz vor Ort zu verbessern. Mit einem Volumen von knapp 390 Millionen Euro stehen im Rahmen der Städtebauförderung weitere Mittel für die klimagerechte Transformation von Städten und Gemeinden zur Verfügung.

Dieses erste gemeinsame Klimaschutzpaket stellt den Auftakt dar – weitere werden auf den Weg gebracht werden und dazu beitragen, die Klimaszutzziele Nordrhein-Westfalens zu erreichen.

## **49 Millionen Euro für die Aufnahme und Integration geflüchteter Kinder und Jugendlicher an unseren Schulen**

**Landeskabinett verabschiedet „Aktionsprogramm Integration“ / Ministerin Dorothee Feller: Wir wissen, dass unsere Schulen weiterhin enorme Herausforderungen stemmen müssen. Wir lassen sie mit diesen Aufgaben nicht allein**

Das Landeskabinett hat den Weg freigemacht für ein neues finanzielles Hilfspaket für Schulen. Es heißt „Aktionsprogramm Integration“ und soll die Schulen in erster Linie bei der Aufnahme und Integration von schutzsuchenden Kindern und Jugendlichen, insbesondere aus der Ukraine, kurzfristig unterstützen. Dazu stehen zum Beginn des

neuen Schuljahres 2023/2024 insgesamt 49 Millionen Euro zur Verfügung. „Wir wissen, dass die Schulen in Nordrhein-Westfalen weiterhin enorme Herausforderungen stemmen müssen“, erläutert Schul- und Bildungsministerin Dorothee Feller.

Das Aktionsprogramm Integration ermöglicht es, vor Ort individuelle Förderangebote auf- und auszubauen. Darüber hinaus kann zusätzliches Personal eingestellt oder gegebenenfalls weiterbeschäftigt werden (z.B. Studierende zur Unterstützung der Lehrkräfte in den Schulen). Kooperationen mit außerschulischen Partnern können umgesetzt, bereits angestoßene Unterstützungsprojekte fortgesetzt werden. „Das Programm kann in vielen Bereichen helfen – unter anderem bei der Deutschförderung, bei der Ausstattung mit ergänzenden Lern- und Lehrmaterialien oder bei Beratungsleistungen für Eltern“, betont die Ministerin.

32 Millionen Euro des finanziellen Gesamtpakets fließen als Schulträgerbudget an die Träger kommunaler Schulen und genehmigter Ersatzschulen. Weitere 14,7 Millionen Euro stehen für die befristete Einstellung von Personal an öffentlichen Schulen bereit. Ersatzschulträger erhalten analog dazu 1,8 Millionen Euro für die befristete Personalrekrutierung an ihren Schulen, knapp 500.000 Euro sind für das Projektmanagement kalkuliert. Die Mittel können bis zum Jahresende verausgabt werden. Derzeit befinden sich über 100.000 neu zugewanderte Schülerinnen und Schüler in nordrhein-westfälischen Schulen in der sogenannten Erstförderung.

Wie zuvor beim Aktionsprogramm „Ankommen und Aufholen“ erhalten die kommunalen Schulträger die zusätzlichen finanziellen Mittel als fachbezogene Pauschale über die Bezirksregierungen. Den Trägern genehmigter Ersatzschulen werden die Mittel über die Sitzkommune der jeweiligen Schule weitergeleitet. Nähere Informationen zum Aktionsprogramm, insbesondere zu den Verwendungsmöglichkeiten der Mittel, stehen im Bildungsportal bereit unter [www.schulministerium.nrw/aktionsprogramm-integration](http://www.schulministerium.nrw/aktionsprogramm-integration).

Das Geld für das „Aktionsprogramm Integration“ stammt aus dem im Februar 2023 beschlossenen zweiten Maßnahmenpaket der Landesregierung zur Bewältigung der Krisensituation infolge des russischen Angriffskriegs in der Ukraine. Aus dem entsprechenden Sondervermögen dienen insgesamt 670 Millionen Euro der Finanzierung von Maßnahmen zur Krisenhilfe, Krisenresilienz und Krisenvorsorge.

## **Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen: Praktika und Lotsen für mehr und schnellere Übergänge von Jugendlichen in Ausbildung**

## Minister Laumann: Fachkräfteoffensive NRW schreitet voran

Die Fachkräfteoffensive NRW der Landesregierung nimmt weiter Fahrt auf: Die Partner des Ausbildungskonsenses Nordrhein-Westfalen haben in einem Spitzengespräch beschlossen, gemeinsam noch gezielter für die Bereitstellung von Praktikumsplätzen für Jugendliche bei Betrieben, Praxen, Kanzleien, Einrichtungen und Verwaltungen zu werben. Zudem sollen unter anderem Übergangs-Lotsen die jungen Menschen während ihrer Praktika begleiten und sie bei ihrer Suche nach einer Ausbildungsstelle unterstützen, um ihnen gute berufliche und persönliche Perspektiven zu ermöglichen. Besonders Jugendliche im schulischen Übergangssektor an den Berufskollegs, also in der Ausbildungsvorbereitung und der Berufsfachschule, sollen dabei angesprochen werden. Ziel ist es, durch diese Maßnahmen gemeinsam mit der schulischen Förderung die Berufliche Orientierung noch weiter zu stärken, wichtige Kompetenzen für eine Vermittlung in passende Anschlussoptionen zu fördern und den passgenauen und möglichst schnellen Übergang in eine duale Ausbildung zu unterstützen.

„Der Mangel an Fachkräften ist eine große Herausforderung. Zugleich bietet die Situation jungen Menschen aber auch eine gute Gelegenheit auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen. Jede helfende Hand wird aktuell gebraucht. Gerade eine Ausbildung bietet vielfältige Tätigkeiten, sichere Perspektiven, gute Verdienstmöglichkeiten und ermöglicht damit ein selbstbestimmtes Leben. Leider münden noch zu wenige Schülerinnen und Schüler aus dem Übergangssystem in eine Ausbildung. Hier stecken Potenziale, die es zu heben gilt. Diese jungen Menschen mit schwierigen Startbedingungen nehmen wir gemeinsam verstärkt in den Blick. Oft hilft es Jugendlichen schon, eine Ansprechperson zu haben, die einem Perspektiven aufzeigt und sie begleitet. Die Landesregierung investiert deshalb insgesamt rund 50 Millionen Euro, vor allem in Coaching-Angebote, wie zum Beispiel die Übergangs-Lotsen. Die Wirtschaft flankiert dies ihrerseits mit Praktikums- und Ausbildungsangeboten. So sorgen wir mit vereinten Kräften dafür, dass die Fachkräfteoffensive NRW weiter voranschreitet“, erklärt Arbeitsminister Karl-Josef Laumann.

Die Partner des Ausbildungskonsenses werden zeitnah Informationsmaterialien für Praktikumsbetriebe und Schulen erarbeiten und sich für eine breite Beteiligung bei der Bereitstellung von Praktika engagieren.

Dorothee Feller, Ministerin für Schule und Bildung: „Wir müssen junge Menschen bei ihrem Übergang von der Schule in die Ausbildung dringend noch besser begleiten. Es besuchen rund 10.000 junge Menschen in unseren Berufskollegs die Ausbildungsvorbereitungsklassen und benötigen Unterstützung beim Übergang in Ausbildung und Beruf. Ich sehe darin eine soziale Verpflichtung, aber auch eine große Chance für die Fachkräftegewinnung für unseren Ausbildungsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Damit der Start in das Berufsleben erleichtert wird, benötigen wir qualitativ hochwertige Praktikumsplätze und die Bereitschaft, diese ausbildungsinteressierten jungen Menschen intensiver an die Hand zu nehmen. Hier sind wir im engen

Austausch mit den Kammern und den Unternehmen. Die Übergangs-Lotsen sollen einen wichtigen Beitrag leisten, um die Übergänge in die Ausbildung deutlich zu erhöhen.“

Mona Neubaur, Ministerin für Wirtschaft, Industrie, Klimaschutz und Energie: „Die Wirtschaft leidet zunehmend unter Fachkräftemangel. Deshalb müssen wir unsere Potenziale voll nutzen und insbesondere auch junge Menschen an den Berufskollegs in Ausbildung bringen. Jede und jeder von ihnen wird gebraucht und verdient eine Chance auf Entwicklungs- und Aufstiegsmöglichkeiten durch berufliche Perspektiven. Gerade Praxiserfahrungen helfen, schneller den Weg in die berufliche Ausbildung zu finden. Umgekehrt bieten Praktika und Ausbildungsangebote den Unternehmen die Chance, wertvolle Kontakte zu potenziellen Auszubildenden zu knüpfen und frühzeitig Fachkräfte von morgen an sich zu binden. Deshalb ist diese gemeinsame Initiative des Ausbildungskonsenses so wertvoll.“

Ina Brandes, Ministerin für Kultur und Wissenschaft: „Der Fachkräftemangel ist das größte Risiko für unseren sozialen Wohlstand. Deshalb hilft die Landesregierung jungen Menschen beim Start ins Berufsleben, berät bei der Suche nach dem richtigen Job und unterstützt beim Durchhalten in der Ausbildung. Wir brauchen junge, motivierte Fachkräfte in allen Berufsfeldern. Nie waren die Chancen größer, einen Praktikums- und Ausbildungsplatz im Traumjob zu bekommen. Ich wünsche den Schülerinnen und Schülern, die jetzt ihren Abschluss gemacht haben, einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.“

Roland Schüßler, Vorsitzender der Geschäftsführung der Regionaldirektion NRW der Bundesagentur für Arbeit: „Gut ausgebildeter Nachwuchs ist für die Arbeits- und Fachkräftesicherung in NRW der wichtigste Ansatzpunkt. Wir begrüßen den Fokus, den wir gemeinsam im Ausbildungskonsens auf die Möglichkeiten und Leistungen der Berufskollegs in diesem Jahr legen wollen. Viele Talente erhalten hier die Grundlage für den erfolgreichen Start in ihr Berufsleben als Fachkraft. Eine Kernaufgabe der Arbeitsagenturen ist es, mit guter Beratung Jugendliche bei ihrer Berufsorientierung und den Übergang in den Beruf zu unterstützen. In diesem Jahr setzen wir einen Schwerpunkt darauf, gemeinsam mit Eltern und Lehrkräften, die Schülerinnen und Schüler noch intensiver bei ihrer Berufswahlentscheidung zu unterstützen. Gute Berufsorientierung steht und fällt dabei auch mit dem eigenen Erleben, also der Praxiserfahrungen. Mich freut daher sehr, dass wir uns im Ausbildungskonsens gemeinsam noch mehr für Praktika und damit für die Möglichkeit, die Welt der Berufe zu erleben stark machen.“

Anja Weber, Vorsitzende des DGB NRW: „Für Jubelmeldungen ist es zu früh. Der DGB begrüßt das Ziel, schulische Warteschleifen zu reduzieren. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Damit tatsächlich mehr Jugendliche in Ausbildung kommen, braucht es aber ein verbindliches Angebot für alle, die sich um eine Ausbildung bewerben. Es ist gut, dass mit der Ausweitung von Praktika die Unternehmen stärker in die Verantwortung gehen. Klar ist: Der Fachkräftemangel der Zukunft ist die fehlende Ausbildung von heute! Auch Jugendlichen mit einem Hauptschulabschluss müssen wieder Perspektiven eröffnet werden.“

Johannes Pöttering, Hauptgeschäftsführer von unternehmer nrw: „Praktika können ein erfolgreiches Sprungbrett in Ausbildung sein. Junge Menschen können sich in der Praxis beweisen, Betriebe potentielle Auszubildende kennenlernen. Wir werben daher bei den Unternehmen ausdrücklich dafür, Praktika noch stärker auch für junge Menschen im Übergangssystem anzubieten. Es muss uns besser gelingen, diese Zielgruppe in Ausbildung zu integrieren - auch im Sinne der Fachkräftesicherung.“

Heinz-Herbert Dustmann, Vizepräsident IHK NRW e.V.: „Die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage der Industrie- und Handelskammern verdeutlichen, dass der Fach- und Arbeitskräftemangel ein zentrales Anliegen für Unternehmen am Industriestandort NRW darstellt. Berufliche Aus- und Weiterbildung bildet für uns die Grundlage zur Sicherung unseres Fachkräftenachwuchses. Leider blieben im vergangenen Jahr zahlreiche Ausbildungsplätze in unseren Unternehmen unbesetzt. Daher ist es von entscheidender Bedeutung, dass wir jungen Menschen noch deutlicher die Chancen beruflicher Ausbildung im Rahmen der Fachkräfteoffensive NRW aufzeigen. Es gilt mehr denn je, die berufliche Orientierung, insbesondere auch an den Gymnasien, zu stärken, um junge Menschen optimal auf ihren Karrierestart vorzubereiten. Praktika spielen hierbei eine wertvolle Rolle, sowohl für Unternehmen als auch für junge Talente, um erste Einblicke in die Arbeitswelt zu gewinnen und gestärkt mit diesen Erfahrungen erfolgreich in eine Ausbildung einzusteigen. Die IHKs stehen ihren Unternehmen hierzu mit Rat und Tat zur Seite, um die berufliche Entwicklung der jungen Generation zu fördern und gleichzeitig die Wettbewerbsfähigkeit der nordrhein-westfälischen Wirtschaft zu stärken,“

Berthold Schröder, Präsident Westdeutscher Handwerkskammertag: „Das Handwerk muss und will neue Zielgruppen erschließen, um auch zukünftig genügend Nachwuchs als Fach- und Führungskräfte sowie Unternehmerinnen und Unternehmer zu finden. Gerade für die Aufgabenfelder der Zukunft sind neue Potentiale gefragt. Daher unterstützen wir weiterhin die Wege, gerade auch Schülerinnen und Schüler von dem Karriereweg Handwerk zu überzeugen, für die dieser bislang eher selten in Frage kam. Das wichtigste Instrument dafür: das Praktikum! Junge Menschen machen hierbei selbst die Erfahrung, was es heißt, ein Handwerk auszuüben, dieses in einem Betrieb zu erlernen und die Bestätigung zu erhalten, etwas zu können und damit gleichzeitig einen wichtigen Beitrag – zum Beispiel zur Energiewende – zu leisten. Damit geht eine Motivation einher, an die sich Ausbildungserfolge anschließen und der Start ins Berufsleben meistern lässt.“

Rüdiger Otto, Präsident des Unternehmerverbandes Handwerk NRW: „Der Fachkräftemangel im Handwerk hat sich in den vergangenen Jahren noch einmal drastisch zugespitzt. Obwohl es im Handwerk hervorragende Zukunftsperspektiven gibt, sind davon inzwischen alle Berufe und Gewerkegruppen betroffen. Durch den Fachkräftemangel werden auch viele Betriebsübergaben gefährdet. Wir begrüßen deshalb die Fachkräfteoffensive der Landesregierung mit Nachdruck und unterstützen das Ziel, im Rahmen der Berufsorientierung mehr Praktikumsplätze für Schülerinnen und

Schüler in den Betrieben bereitzustellen. Gemeinsam müssen wir die berufliche Bildung stärken und ihre Chancen sichtbarer machen.“

Bernd Zimmer, Vorsitzender Verband Freie Berufe NRW: „Für junge Menschen bieten sich heute mit die besten Möglichkeiten auf dem Arbeitsmarkt überhaupt. Um sich in der Vielzahl des Angebots besser orientieren zu können sollte daher so früh wie möglich mit der Orientierung in Form von Praktika und Berufsschnuppertagen begonnen werden. „Was sind meine Interessen, wo liegen meine Kompetenzen?“ sollte hierbei im Vordergrund stehen. Die Duale Berufsausbildung bietet an dieser Stelle einen exzellenten Einstieg in das Berufsleben mit vielfältigen Entwicklungsmöglichkeiten und Chancen.“

Christian Woltering, Vorsitzender Freie Wohlfahrtspflege NRW: „Sprachschwierigkeiten, Behinderung oder niedrige Schulabschlüsse: Wir müssen alle Jugendlichen mitnehmen. Die zusätzlichen Mittel für die Übergangs-Lotsen sind gut investiert - ein Schritt in die richtige Richtung in Zeiten des Fachkräftemangels. Langfristig brauchen wir eine Ausbildungsgarantie nach österreichischem Vorbild für alle jungen Menschen, die keinen Ausbildungsplatz gefunden haben.“

„Die Kommunen engagieren sich von Beginn an als Partner im Ausbildungskonsens NRW. Mit der kommunalen Koordinierung gibt es bereits eine bewährte Struktur, in der die Umsetzung der Praktikums-Initiative erfolgen und begleitet wird. Die kommunalen Koordinierungsstellen spielen dabei als Vernetzer eine zentrale Rolle“, so die Hauptgeschäftsführer der kommunalen Spitzenverbände NRW, Helmut Dedy (Städtetag NRW), Dr. Martin Klein (Landkreistag NRW) und Christof Sommer (Städte- und Gemeindebund NRW).

## **Hintergrund**

### **Ausbildungskonsens NRW**

Der Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen ist das Spitzengremium von Landesregierung, Wirtschaft, Gewerkschaften, Kammern und Freien Berufen, der Bundesagentur für Arbeit und den Wohlfahrts- so wie den Kommunalen Spitzenverbänden, das wichtige Weichenstellungen im Bereich berufliche Orientierung, Ausbildung und Fachkräftesicherung legt.

### **Fachkräfteoffensive NRW**

Die Landesregierung hat eine Fachkräfteoffensive gestartet, um mit neuen, verbesserten und verstetigten Angeboten und Kooperationen, dem akuten und drohenden Fachkräftemangel zu begegnen. Die berufliche Bildung und der Übergang von der Schule in den Beruf ist dabei ein zentrales Handlungsfeld.

## Ministerin Paul: Integrationsklima in Nordrhein-Westfalen ist positiv

Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte bewerten das Integrationsklima in Nordrhein-Westfalen überwiegend positiv und zunehmend besser. Antidiskriminierungsarbeit und Maßnahmen für mehr Teilhabe und Chancengerechtigkeit bleiben weiter wichtig. Das sind zwei der zentralen Ergebnisse des 7. Berichts zum Integrationsmonitoring der Länder, der die Entwicklung in den zentralen Bereichen von Integration und Teilhabe im Zeitraum von 2019 bis 2022 dokumentiert.

5,2 Millionen Menschen mit einer Einwanderungsgeschichte leben in Nordrhein-Westfalen. Mit einem Anteil von 29 Prozent der Bevölkerung ist Nordrhein-Westfalen unbestritten ein Einwanderungsland – und das Stimmungsbild ist in der Einwanderungsgesellschaft in allen wichtigen gesellschaftlichen Bereichen der Integration, wie Nachbarschaft, soziale Kontakte, Arbeitsmarkt und Bildungssystem gut. In keinem anderen Bundesland bewerten die Menschen ohne Migrationsgeschichte das Integrationsklima zudem so zuversichtlich wie in Nordrhein-Westfalen.

Bei Zugewanderten stellt die Studie ein stark ausgeprägtes Zugehörigkeitsempfinden fest. 84 Prozent der Menschen mit Migrationsgeschichte in Nordrhein-Westfalen sagen, dass sie sich Deutschland zugehörig fühlen. Insgesamt ist das Zugehörigkeitsgefühl der meisten Befragten zu Deutschland deutlich höher als zum Herkunftsland (57 Prozent). Unterstützt wird dieses Ergebnis durch Aussagen zur Heimatstadt: Dieser fühlen sich knapp 85 Prozent der Befragten mit Migrationsgeschichte zugehörig. Der Kontakt zwischen Menschen mit und ohne Migrationsgeschichte findet im Freundes- und Bekanntenkreis, am Arbeitsplatz und in der Nachbarschaft häufig statt und wird positiv bewertet. Es zeigt sich: je mehr Kontakte zu Menschen mit Migrationsgeschichte bestehen, desto besser wird das Zusammenleben wahrgenommen.

Integrationsministerin Josefine Paul: „Nordrhein-Westfalen ist ein Einwanderungsland und wir sind ein Land, das Vielfalt lebt und gestaltet. Das zeigt sich in den vielen persönlichen Kontakten zwischen verschiedenen Menschen in Nordrhein-Westfalen und die ausgeprägte Zugehörigkeit und emotionale Bindung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte zur Gesellschaft, in der sie leben. Das ist ein deutliches Zeichen für gelingende Integration. Einwanderung hat in unserem Land eine lange Geschichte und sie hat dieses Land geprägt. Wir müssen aber auch feststellen, dass Diskriminierungserfahrungen für viele Menschen mit Migrationsgeschichte auch heute noch nahezu alltäglich sind. Es ist daher unsere Aufgabe, die Rahmenbedingungen zu schaffen, dass Menschen mit Einwanderungsgeschichte diskriminierungsfrei und mit gleichen Chancen in Nordrhein-Westfalen leben können. Wir werden daher die Integrations- und Teilhabestrukturen weiter stärken, fördern das Engagement von Migrant\*innenorganisationen und werden ein Landesantidiskriminierungsgesetz auf den Weg bringen.“

Weitere Fortschritte sind beispielsweise im Bereich der Antidiskriminierungsarbeit und der Chancengerechtigkeit nötig. Noch immer gehören Diskriminierungserfahrungen zum Alltag von Menschen mit Migrationsgeschichte – und sie nehmen zu. 2022 berichtete mehr als jede und jeder Dritte der Befragten (37 Prozent), in den vergangenen fünf Jahren Benachteiligung aufgrund ihrer Herkunft erlebt zu haben. 2020 waren es noch 35 Prozent. Integrationsministerin Paul kündigte an, die Anstrengungen zur Verbesserung des Integrationsklimas und zum Abbau von Diskriminierung verstärkt fortzusetzen.

Die Arbeitsmarktbeteiligung der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte und ausländischer Staatsangehörigkeit ist weiterhin niedriger, insbesondere bei Frauen. Und auch, wenn der Anteil der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Migrationsgeschichte zunimmt, liegt er mit 16 Prozent noch immer deutlich unter ihrem Anteil an der Bevölkerung.

Nordrhein-Westfalen hat eine breit aufgestellte integrationspolitische Infrastruktur. In allen Kreisen und kreisfreien Städten gibt es Kommunale Integrationszentren und ein Kommunales Integrationsmanagement. Das Ministerium fördert aktuell 171 Integrationsagenturen und 42 Servicestellen für Antidiskriminierungsarbeit in Trägerschaft der Freien Wohlfahrtspflege. Zu unserem Teilhabe- und Integrationsgesetz gehört eine gesetzlich fixierte Mindestsumme von 130 Millionen Euro für die Integrationspolitik. Geplant ist außerdem, ein Antidiskriminierungsgesetz zu schaffen und eine Landesantidiskriminierungsstelle einzusetzen. Zu Beginn des nächsten Jahres ist die Inbetriebnahme eines koordinierten Systems eigenständiger Dokumentations- und Informationsstellen für verschiedene Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorgesehen.

Das Integrationsmonitoring ist ein gemeinsames Projekt der Länder zum Stand der Integration von Menschen mit Migrationsgeschichte. Das Monitoring gibt Aufschluss über den Stand der Integration. Neben Auswertungen der amtlichen Statistik liefert es ein Stimmungsbild der Bevölkerung anhand subjektiver Indikatoren. Neben Daten der amtlichen Statistik und des Mikrozensus umfasst er das Bund-Länder-Integrationsbarometer, das der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) erstellt. Basis ist eine repräsentative Umfrage von insgesamt 15.095 Personen im Alter ab 15 im Zeitraum zwischen Ende November 2021 und Anfang August 2022. Mit 64 Indikatoren ist der aktuelle Bericht die umfassendste Auswertung zur Teilhabe der Bevölkerung mit Migrationsgeschichte im Bundesländervergleich. Der 7. Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2023 ist online abrufbar unter: <https://www.integrationsmonitoring-laender.de/>

Eine Migrationsgeschichte haben in diesem Bericht ausländische Personen, im Ausland Geborene und nach 1955 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderte, sowie alle Personen mit zumindest einem zugewanderten Elternteil.

## Wettbewerb „70 Jahre Begegnung mit Osteuropa – ein Friedensprojekt!“

Für Frieden, für Freiheit und für Begegnung: Vor 70 Jahren waren Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen und aus Osteuropa erstmals aufgerufen, sich mit eigenen Beiträgen an „Begegnungen mit Osteuropa“ zu versuchen. Im Jubiläumsjahr trägt der Wettbewerb das Motto „70 Jahre Begegnung mit Osteuropa – ein Friedensprojekt!“. Gonca Türkeli-Dehnert, Staatssekretärin im Ministerium für Kultur und Wissenschaft des Landes Nordrhein-Westfalen, hat im Namen der Landesregierung am Donnerstag, 15. Juni 2023, in der Krefelder Kulturfabrik 40 Schülerinnen und Schüler aus Nordrhein-Westfalen als Hauptgewinner ausgezeichnet. Weitere Landesiegerpreise gingen an Schülergruppen aus Bosnien-Herzegowina, Kroatien, Litauen, Polen, Rumänien, aus der Slowakei und aus der Ukraine.

Staatssekretärin Türkeli-Dehnert: „Von Beginn an sollte der Wettbewerb ein sichtbares Zeichen setzen: für Frieden, für Freiheit und für Begegnung. Es sind gerade die Begegnungen der jungen Menschen, die in besonderem Maße zur Völkerverständigung und zur Sicherung des Friedens beitragen. Deshalb freut es mich sehr, dass sich auch so viele Schülerinnen und Schüler aus Ost- und Mitteleuropa an dem Wettbewerb beteiligt haben.“

Der Wettbewerb wurde kurz nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs ins Leben gerufen. In den vergangenen sieben Jahrzehnten haben sich mehr als drei Millionen Schülerinnen und Schüler an diesem Wettbewerb beteiligt. Knapp eine Million Arbeiten wurden von ihnen eingereicht.

4250 Jugendliche haben sich in diesem Jahr beteiligt, 900 von ihnen stammen aus ost- und mittelosteuropäischen Ländern. Die Schülerinnen und Schüler haben etwa in eigenen Kunstperformances „Ost-West-Brücken“ gebaut, die slowakische Volksmusik erkundet und die Vogelzüge beobachtet, die an der Kurischen Nehrung rasten. Sie haben die Historie des Lebkuchens vom Kloster bis zum Jahrmarkt verfolgt, von den Aachener Printen bis zu Pardubitzer Pfefferkuchen. Sie haben Geschichten geschrieben, Filme gedreht, Radiobeiträge entworfen. Gerade in Zeiten des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine kann der Schülerwettbewerb als Friedens- und Begegnungsprojekt ein Zeichen setzen.

Die 40 nordrhein-westfälischen Preisträgerinnen und Preisträger, deren Projekte besonders überzeugen konnten, kommen in diesem Jahr aus: Aachen, Ahaus, Bedburg-Hau, Beverungen, Bielefeld, Bochum, Coesfeld, Delbrück, Detmold, Drensteinfurt, Dortmund, Düsseldorf, Gevelsberg, Hagen, Herne, Holzwickede, Köln, Krefeld, Lippstadt, Marl, Meschede, Mönchengladbach, Münster, Oelde, Recklinghausen, Schmallenberg, Senden, Troisdorf und Viersen.

Bei der Preisverleihung gab Staatssekretärin Gonca Türkeli-Dehnert bereits den Startschuss für den nächsten Schülerwettbewerb 2024 „HEUTE aus GESTERN für MORGEN“. Alle Schülerinnen und Schüler ab der Grundschule aus Nordrhein-Westfalen sowie aus osteuropäischen Schulen mit deutschsprachigem Unterricht können daran teilnehmen.

Informationen: [www.schuelerwettbewerb.eu](http://www.schuelerwettbewerb.eu)

## **E-Justiz-Koordinierungsstelle Europa (EKE)**

### **Nordrhein-Westfalen koordiniert die deutsche Umsetzung von Digitalisierungsvorhaben der EU im Bereich der Justiz**

Die EU arbeitet an einer umfassenden Digitalisierung des zwischenstaatlichen Datenaustauschs zwischen Justizbehörden. Die Justiz Nordrhein-Westfalen war an der Erarbeitung der technischen und organisatorischen Grundlagen international führend beteiligt. Sie stellt ihre Expertise nunmehr in Form einer Koordinierungsstelle dauerhaft dem Bund und den Ländern zur Verfügung, um die umfassenden EU-rechtlichen Anforderungen zeitgerecht umzusetzen.

Minister der Justiz Dr. Benjamin Limbach: „Ich freue mich, dass Nordrhein-Westfalen seine Expertise in Sachen europäischer Justizdigitalisierung nun in den Dienst der deutschen Justiz insgesamt stellt. Mit unserer Erfahrung in Nordrhein-Westfalen wird es gelingen, die europarechtlichen Anforderungen an den digitalen Rechtsverkehr auch in unserem föderalen Justizaufbau zeitgerecht zu erfüllen.“

Die Gerichte und Behörden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sollen sich untereinander zukünftig nicht mehr auf dem langwierigen Postweg, sondern effizienter und zugleich sicherer elektronisch austauschen. Dazu bedarf es eines eigenen elektronischen Kommunikationsweges und europaweit einheitlicher, verlässlicher Standards. Zur Erfüllung dieser Anforderung ist in den letzten Jahren unter Federführung des Ministeriums der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen das sogenannte e-CODEX-System entwickelt und durch eine eigene EU-Verordnung als Standardlösung etabliert worden. Zugleich wird der weitere Betrieb dieser Lösung verstetigt und zu diesem Zweck der EU-Agentur eu-LISA übergeben. Auf dieser Grundlage plant die EU nunmehr die zügige verbindliche Schaffung digitaler Kommunikationswege in Bezug auf verschiedenste zwischenstaatliche Verfahren. Um dieser Herausforderung trotz des – durch den föderalen Justizaufbau bedingten – hohen Abstimmungsbedarfs auf nationaler Ebene erfolgreich begegnen zu können, haben Bund und Länder beim Ministerium der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen eine gemeinsam finanzierte Koordinierungsstelle eingerichtet. Damit ist die organisatorische Vorausset-

zung dafür geschaffen, dass Nordrhein-Westfalen seine über Jahre gewonnene Expertise für das Justizwesen Bund und Ländern dauerhaft zur Verfügung stellen kann. Mit der Digitalisierung der grenzüberschreitenden Verfahren wird ein wichtiger Beitrag dazu geleistet, den europäischen Rechtsraum zu stärken und die Rechtsverfolgung europaweit effektiver zu machen.